

**Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen****Barrierefreie Geldautomaten im Land Bremen!**

Deutschland hat sich mit der Ratifikation der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) dem gesellschaftspolitischen Ansatz der Inklusion verpflichtet. Allen Menschen mit Behinderung ist Teilhabe und Selbstbestimmung zu ermöglichen. Notwendige Unterstützungsleistungen, wie etwa Pflege oder Assistenz, müssen dort zur Verfügung stehen, wo Menschen mit Behinderungen leben, lernen und arbeiten. Die gesetzlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass alle Menschen die gleichen Chancen für gesellschaftliche Teilhabe haben. Über 10 % der Bevölkerung sind deutschlandweit heute direkt von Behinderung betroffen.

Erst recht angesichts einer alternden Gesellschaft gilt es, die Barrieren in unserer Gesellschaft abzuschaffen und Inklusion zu ermöglichen. Umfassende Barrierefreiheit – baulich, aber auch in den Köpfen – ist somit elementare Voraussetzung für gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft.

Die Anforderungen an Barrierefreiheit und Inklusion müssen von Anfang an mitbedacht werden. Bremen hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die unter maßgeblicher Beteiligung von Behindertenverbänden und des Landesbehindertenbeauftragten einen Aktionsplan für das Land Bremen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet. Bis September 2013 soll ein Entwurf vorliegen.

Die Aktivitäten und Initiativen zur umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe von behinderten Menschen umfassen auch den Bereich des selbstständigen Umgangs mit ihrem Geld. Die barrierefreie Erreichbarkeit und der entsprechend einfache Umgang mit Geldautomaten zur Sicherstellung der selbstständigen Versorgung sind dabei von besonderer Bedeutung. Die Sicherheitsstandards müssen dabei auch die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf zu prüfen, welche gesetzlichen und gesellschaftsrechtlichen Instrumente das Land Bremen ergreifen kann, um den Einsatz barrierefreier Geldautomaten in Bremen und Bremerhaven zu beschleunigen, und welche Möglichkeiten der Abschluss einer entsprechenden Zielvereinbarung, wie z. B. in Rheinland-Pfalz, bieten würde.

Klaus Möhle, Margitta Schmidtke, Winfried Brumma,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dirk Schmidtmann, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Maike Schaefer,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen